

Antrag öffentlich	Datum 22.11.2006	Nummer A0197/06
Absender Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN		
Adressat Vorsitzender des Stadtrates Herrn Ansorge		
Gremium	Sitzungstermin	
Stadtrat	07.12.2006	

Kurztitel Demographische Entwicklungsplanung

Der Stadtrat möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, ein Projekt „Demographische Entwicklungsplanung“ in Magdeburg zu initiieren. Die Aufgaben zur Umsetzung eines solchen Projektes sind koordinierend von der Verwaltung wahrzunehmen.

Ziel des Projektes ist es, den demographischen Wandel im Hinblick auf die Auswirkungen auf Magdeburg gezielt zu untersuchen, Planungsvorhaben zu vernetzen und Vorschläge sowie Konzepte zur Umsteuerung zu entwickeln.

Es wird gebeten, den Antrag in die Ausschüsse VwA, KRB und GeSo zu verweisen.

Begründung:

Können Verwaltung und Kommunalpolitik überhaupt Einfluss nehmen auf den demographischen Wandel? Vor ein paar Jahren hätten viele wahrscheinlich mit dem Kopf geschüttelt. Doch je stärker das Thema in der Öffentlichkeit diskutiert wird, umso mehr wächst auch das Bewusstsein bei Kommunalpolitikern und in der Verwaltung. Denn in den Städten und Gemeinden geschieht die Veränderung, und die Folgen der schrumpfenden Bevölkerung werden nahezu jeden Bereich treffen: Die kommunalen Finanzen ebenso wie Schule, Verkehrsinfrastruktur, Gesundheit, Altenhilfe etc.

Für die Kommunalpolitik ergibt sich aus dieser Situation eine große Chance: Sie kann sich jetzt rechtzeitig überlegen, welche Maßnahmen zu treffen sind, um die demographische Entwicklung zu gestalten, denn der demographische Wandel vollzieht sich langsam.

Eine positive Leitbildentwicklung mit entsprechenden Strategien und Zielen für kommunales Handeln ist allerdings eher selten – nicht ohne Grund. Denn wenn wir uns mit den Folgen des demographischen Wandels befassen, müssen wir weitreichende Perspektiven und Strategien in den Blick nehmen.

Die Bevölkerungsentwicklung lässt sich kurzfristig nicht beeinflussen und eine Umkehr ist nicht mehr möglich. Trotzdem oder gerade deshalb müssen die erforderlichen Weichen zum „Abmildern“ der Folgen schnell gestellt werden.

Als erste und bisher einzige Stadt hat bislang Bielefeld gehandelt und seit April 2004 eine Stabsstelle „Demographische Entwicklungsplanung“ eingerichtet. Deren Hauptaufgabe war es, ein kommunales Handlungskonzept zu entwickeln, womit sichergestellt werden soll, dass der Faktor Demographie künftig bei allen städtischen Planungen berücksichtigt wird.

Alfred Westphal
Fraktionsvorsitzender